

**Erzbischof  
Stephan Burger  
Erzdiözese Freiburg**  
Erzbischöfliches Ordinariat  
Schoferstraße 2  
79098 Freiburg

**Landesbischof  
Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh  
Evangelische Landeskirche in Baden**  
Evangelischer Oberkirchenrat  
Blumenstraße 1–7  
76133 Karlsruhe

**Bischof  
Dr. Gebhard Fürst  
Diözese Rottenburg–Stuttgart**  
Bischöfliches Ordinariat  
Eugen-Bolz-Platz 1  
72108 Rottenburg

**Landesbischof  
Dr. h. c. Frank Otfried July  
Evangelische Landeskirche in Württemberg**  
Evangelischer Oberkirchenrat  
Gänsheidestraße 4  
70184 Stuttgart

---

12. Februar 2021

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg,  
*[bei einem Verlesen im Rahmen der Liturgie: Liebe Schwestern und Brüder],*

am 14. März 2021 entscheidet sich die neue Zusammensetzung unseres Landtags. Wir Bischöfe möchten Sie herzlich bitten, Ihre Stimme abzugeben und dadurch die parlamentarische Demokratie und den Rechtsstaat zu stärken. Die Möglichkeit der Briefwahl hilft uns, gerade in Zeiten der Corona-Pandemie unser Wahlrecht auszuüben. Machen Sie Gebrauch davon!

Aufgrund der Pandemie hat sich unser Leben stark verändert. Wir spüren in vielerlei Hinsicht Einschränkungen. Etliche Menschen haben Sorgen um ihre Zukunft und um die ihrer Kinder und Enkel. Die verordneten Maßnahmen der Regierenden zur Bekämpfung der Pandemie greifen in vielen Ländern der Welt in die freiheitlichen Grundrechte aller ein, auch bei uns. Gleichzeitig zeigt sich, dass nur ein legitimer und handlungsfähiger Staat in der Lage ist, existenzbedrohende Entwicklungen abzumildern. Zu einem solchen Staat gehören unverzichtbar die demokratisch gewählten Parlamente. Sie sind Orte des Ringens um einen politischen Interessenausgleich und sie sind Kontrollinstanzen gegenüber den Regierenden. Wir rufen Sie auf, diese zentrale Bedeutung der Parlamente durch eine hohe Wahlbeteiligung zu unterstreichen. Mit Ihrer Stimmabgabe stärken Sie unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat insgesamt. Dieser hat sich gerade in der Corona-Krise bewährt: Mit einer Rechtsprechung, die unabhängig ist von politischen Interessen und mit einer Presse- und Meinungsfreiheit, die durch das Grundgesetz garantiert werden.

Die gegenwärtige Pandemie führt uns vor Augen, wie sehr die Demokratie vom Zusammenwirken von Regierenden, Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern lebt. Die Verantwortlichen in der Politik benötigen unseren Rückhalt und unser Vertrauen. Ebenso brauchen wir als Bürgerinnen und Bürger eine transparente Politik und die Möglichkeit, uns zu beteiligen. Wir brauchen Politikerinnen und Politiker, die zuhören, wo immer Menschen ihre Sorgen und Nöte äußern, gerade in der Situation der Corona-Pandemie: Ganze Berufsbranchen fürchten um ihr wirtschaftliches Überleben; Familien sehen sich im Spannungsfeld zwischen Kinderbetreuung und Berufsalltag enormen Belastungen ausgesetzt; die Mitarbeitenden im medizinischen und pflegerischen Dienst werden unmittelbar mit dem Elend und dem Sterben der Erkrankten konfrontiert und stoßen an ihre Leistungsgrenzen; Alleinstehende und Ältere leiden zunehmend unter sozialer Vereinsamung; Jugendliche sehen sich ihrer Lebenskultur beraubt und fürchten an der Schwelle zwischen Schule und Beruf um ihre Zukunftschancen.

Bilder aus anderen Ländern, aber auch Vorkommnisse im eigenen Land belegen einen wachsenden Unmut. In einigen Fällen richtet er sich gegen das politische System als solches. Diese Entwicklung betrachten wir mit Sorge. Denn sie gefährdet gerade die Strukturen, die wir brauchen, um aus der Krise zu kommen, berechnete Interessen in Ausgleich zu bringen und Antworten zu finden auf die drängenden Fragen der Zukunft.

Zu diesen zentralen Fragen gehört auch die, wie wir nach überstandener Pandemie leben wollen. Eine bloße Rückkehr ins Gewohnte wird nicht genügen. Denn die jetzige Krise lenkt den Blick auf Problemfelder, die bereits vor der Pandemie nach einer politischen Lösung verlangt hatten:

Zukunft muss so gestaltet werden, dass der Zugang zu Bildung, Wohnraum und gesellschaftlicher Teilhabe chancengleich für alle möglich wird, unabhängig von Herkunft und finanzieller Ausstattung.

Zukunft muss durch eine entsprechende Klima- und Umweltpolitik so gestaltet werden, dass wir den nachkommenden Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen.

Zukunft muss so gestaltet werden, dass die Vielfalt einer Gesellschaft nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung erfahren wird.

Die große Solidarität und gegenseitige Rücksichtnahme, mit denen der größte Teil der Bürgerinnen und Bürger zur Bewältigung der Corona-Pandemie beitragen, machen Mut. Sie lassen hoffen, dass auch die mühevollen Arbeit an der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen von einem breiten gesellschaftlichen Zusammenhalt getragen sein werden. Hierbei können durchaus unterschiedliche Wege vorgeschlagen werden. Unsere Demokratie lebt davon. Und sie lebt davon, dass wir als Wählerinnen und Wähler prüfen, ob die von den Parteien vorgeschlagenen Wege mit unseren Grundwerten übereinstimmen und ein friedliches Zusammenleben ermöglicht.

Wir danken den Mitgliedern des Landtags für die in der zu Ende gehenden Wahlperiode geleistete Arbeit. Wir sind dankbar dafür, dass sich so viele Männer und Frauen zur Wahl stellen und bereit sind, politische Verantwortung zu übernehmen. Den Kandidatinnen und Kandidaten, die am 14. März 2021 gewählt werden, wünschen wir Gottes Segen für ihren Dienst an unserer Gesellschaft.

Ihre vier Bischöfe in Baden-Württemberg



Erzbischof  
Stephan Burger



Landesbischof  
Prof. Dr. Cornelius-Bundschuh



Bischof  
Dr. Gebhardt Fürst



Landesbischof  
Dr. h. c. Frank Otfried July